

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00961/2017

Sicherheitskonzept der Stadt Schwerin

Beschlüsse:

20.03.2017	Stadtvertretung
025/StV/2017	25. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Der Stadtpräsident stellt die Tagesordnungspunkte 13 bis 14, 16 bis 19 sowie 21 bis 22 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses en bloc zur Abstimmung. Die Mitglieder der Stadtvertretung erheben keinen Widerspruch.

2.

Es liegt folgender Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2017 vor:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im zuständigen Fachausschuss für die Bereiche Gefahrenabwehr und Ordnung vierteljährlich über die aktuelle Gefährdungslage und Maßnahmen zu deren Abwehr aber auch über die konzeptionelle Arbeit der Verwaltung und der staatlichen Sicherheitsbehörden zu berichten. Bei Bedarf sind dafür Stellungnahmen der Polizei einzuholen.“

Die AfD-Fraktion erklärt in der Sitzung des Hauptausschusses am 07.02.2017, dass sie den Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2017 übernimmt.

3.

Es liegt folgender Ersetzungstrag der AfD-Fraktion vom 14.03.2017 vor:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im zuständigen Ausschuss Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung zu jeder regulären Sitzung über die aktuelle Gefährdungslage und Maßnahmen zu deren Abwehr, aber auch über die konzeptionelle Arbeit der Verwaltung und der staatlichen Sicherheitsbehörden zu berichten. Zu Sondersitzungen dieses Ausschusses ist der Bericht auf Bitte des Ausschusses ebenfalls vorzulegen. Bei Bedarf sind Stellungnahmen der Polizei durch die Verwaltung einzuholen.“

4.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im zuständigen Fachausschuss für die Bereiche Gefahrenabwehr und Ordnung vierteljährlich über die aktuelle Gefährdungslage und Maßnahmen zu deren Abwehr aber auch über die konzeptionelle Arbeit der Verwaltung und der staatlichen Sicherheitsbehörden zu berichten. Bei Bedarf sind dafür Stellungnahmen der Polizei einzuholen.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im zuständigen Fachausschuss für die Bereiche Gefahrenabwehr und Ordnung vierteljährlich über die aktuelle Gefährdungslage und Maßnahmen zu deren Abwehr aber auch über die konzeptionelle Arbeit der Verwaltung und der staatlichen Sicherheitsbehörden zu berichten. Bei Bedarf sind dafür Stellungnahmen der Polizei einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen